



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH Nordbank +++ Elbphilharmonie +++ Entenwerder +++ Hamburg-Sport +++ Hafentransporte im Freihafen +++

2,9 Mio. Bonus für Chef der maroden HSH!

Jens Nonnenmacher bekommt einen Millionen-Bonus – obwohl die Landesbank mit Staatshilfen gerettet wurde!



Die Bürgerschaft in Hamburg und der Landtag in Schleswig-Holstein haben im April 2009 gegen die Stimmen der LINKEN eine Kapitalaufstockung über drei Mrd. Euro für die marode HSH Nordbank beschlossen. Desgleichen ist mit der Bank am 2. Juni 2009 der Garantievertrag zur Abschirmung von Risiken im Volumen von zehn Mrd. Euro abgeschlossen worden. Über beide Maßnahmen konnte das durch Feststellung des Jahresabschlusses 2008 verminderte Eigenkapital der Bank wieder aufgebaut werden.

Darüber hinaus haben die Länder der Bank weitere Verpflichtungen auferlegt, damit dauerhaft öffentlichen Forderungen nach einer Veränderung des Geschäftsmodells und

Vergütungsstrukturen der HSH Nordbank entsprochen wird. Die Vergütung soll sich auf allen Ebenen in der Bank zukünftig am langfristigen Erfolg orientieren und keine Anreize setzen, unverhältnismäßig hohe Risiken einzugehen. Für den Vorstand gilt, dass eine Begrenzung der monetären Vergütung auf 500.000 Euro greift, solange die Dividendenfähigkeit der Bank nicht wiederhergestellt ist. Alle Vorstandsmitglieder haben einer entsprechenden Anpassung ihrer Verträge zugestimmt.

Allerdings gibt es eine Ausnahme: Dem Vorstandsvorsitzenden Professor Jens Nonnenmacher stand aus seinem bisherigen Anstellungsvertrag ein Sonderkündigungsrecht zum

31.7.2009 zu. Bei Ausübung wäre die HSH Nordbank AG verpflichtet gewesen, seine bisherigen Ansprüche in Höhe von 2,9 Mio. Euro einschließlich einer Ausgleichszahlung für eine Altersversorgungsregelung in Höhe von 1 Mio. Euro zu erfüllen. In der aktuell schwierigen Situation der Bank, vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlung- und Untersuchungsverfahren, wollten die Eigentümer ihren Vorstandsvorsitzenden nicht verlieren und ihn möglicherweise nur noch als Zeugen bei der Staatsanwaltschaft oder im parlamentarischen Untersuchungsausschuss wiedersehen.

Vor diesem Hintergrund hat der Präsidialausschuss mit vorherigem Einverständnis der Spitzen der Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein und der Spitzen der die Regierungen tragenden Fraktionen eine Sonderzahlung in Höhe von 1,4 Mio. Euro sowie eine ab dem 60. Lebensjahr wirksame Altersversorgung mit einem versicherungstechnischen Barwert von 1,5 Mio. Euro beschlossen.

Mit diesem Beschluss sollte zugleich der »außerordentlichen persönlichen Leistung von Herrn Professor Nonnenmacher in der Zeit seit Übernahme des Vorsitzes im Vorstand im November 2008 Rechnung getragen« werden, in der er »als Vorsitzender nicht nur ein von den Eigentümern akzeptiertes Restrukturierungskonzept erarbeitet und umgesetzt hat, sondern zusätzlich mit der Verantwortung für die Ressorts Finanzen, Risikomanagement und Organisation belastet war. Auf dieser Grundlage ist es möglich gewesen, Herrn Professor Nonnenmacher nach Verzicht auf sein Sonderkündigungsrecht für weitere drei Jahre für die HSH Nordbank als Vorstandsvorsitzenden auf Basis eines geänderten Vertrages zu gewinnen, der in vollem Umfang den oben beschriebenen Beschränkungen entspricht.«

Der Beschluss der Bürgerschaft ist allerdings eindeutig: Jede Zahlung von Boni etc. über 500.000 Euro ist untersagt. Der Senat missachtet diesen Beschluss. Zudem hat der Senat durch den Finanzsenator Michael Freytag einmal mehr das Parlament belogen. In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 30. Juni 2009 hatte dieser erklärt, dass die Vorstandsgehälter gekürzt würden und von Sonderzahlungen an Nonnenmacher nichts, aber auch gar nichts gesagt. Das wurde dem Ausschuss bewusst verheimlicht.

Wie verteidigt sich Freytag: Im Ausschuss »wurde die Zukunft der Verträge besprochen, nicht die Altverträge diskutiert. Daher habe ich nichts zu den Zahlungen sagen können.« Nonnenmacher und die HSH Nordbank hätten sich gegen eine frühere Veröffentlichung der Zahlungen gewehrt, die der Senat eingefordert habe. Zusammen mit Bürgermeister Ole von Beust (CDU) habe er bei der Bank darauf gedrängt, die pikanten Details des Arbeitsvertrags mit dem HSH-Chef wegen des hohen Erregungspotenzials von sich aus publik zu machen. Wie aber unter Bankern üblich, bestand dazu keine Neigung.

GAL-Fraktionschef Jens Kerstan bestätigt, dass der Finanzsenator informiert war: »Ich wurde bereits im Juni von ihm über Vertragsprobleme mit Herrn Nonnenmacher unterrichtet. Der Bürgermeister und Senatorin Anja Hajduk waren dabei. Wir Grüne erklärten damals, dass unvermeidbare Zah-

lungen gedrückt werden sollten.« Am 3. Juli habe Freytag ihm dann mitgeteilt, dass Nonnenmacher nicht zu Zugeständnissen bereit gewesen, der Vertrag mit ihm trotzdem vorzeitig verlängert worden sei, so Kerstan: »Nonnenmacher soll mit Kündigung gedroht haben. Dann wäre die Lage der Bank noch schwieriger geworden.« Nach Angaben Kerstans sind die Zahlungen an Nonnenmacher auch keine Leistungsprämie: »Es ist eine Abfindung für seine Zustimmung zum neuen Vertrag, der seine Vergütung auf 500.000 Euro begrenzt.«

Es gibt noch weitere schlechte Nachrichten: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG war im Zusammenhang des Jahresabschlusses 2008 bei der HSH Nordbank mit einer Sonderprüfung beauftragt worden. NDR-Info liegen jetzt Auszüge aus diesem Sondergutachten vor. Im Vorfeld der Entscheidung für eine Kapitalerhöhung von drei Mrd. Euro und einer Bürgschaft von zehn Mrd. Euro durch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg hatte im März 2009 nur jeweils ein Abgeordneter aus jeder Fraktion zeitlich begrenzte Einsicht in diesen Bericht der KPMG.

Für die Fraktion DIE LINKE habe ich unter Aufsicht einige Stunden in diesem Bericht gelesen. Jetzt zitiert der NDR aus dem Bericht: »In dem Umstand, dass wesentliche Vorstandentscheidungen (...) nicht, beziehungsweise nicht nachvollziehbar dokumentiert wurden, sehen wir einen Verstoß gegen die Mindestanforderungen an das Risikomanagement.« Weiter heißt es: Dem Aufsichtsrat warfen die Prüfer »fehlende Nachvollziehbarkeit einer kritischen Auseinandersetzung« bei bestimmten Transaktionen vor. Dem Gutachten zufolge wurden Milliardenengeschäfte im Eilverfahren durchgesetzt und Vorstände unzureichend informiert. Dieses Verhalten habe maßgeblich zu den Verlusten der Jahre 2007 und 2008 beigetragen. Außerdem habe der Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein das nötige qualifizierte Personal gefehlt. Aus meiner Kenntnis sind die von der KPMG genannten Kritikpunkte zutreffend.

1. Der Vorstand der HSH Nordbank ging ab 2004 zum Schnellankaufverfahren von strukturierten Finanzprodukten über. Eine eigene Risikobewertung fand nicht statt und konnte nicht stattfinden, weil die Bank über keine ausreichende Kompetenz in einer Risikobewertungsabteilung verfügte.

2. Zu Recht konstatierte das später berufene Vorstandsmitglied Nonnenmacher: »Die Kultur der Bank war zu stark davon geprägt, Neugeschäft zu machen. Die Risikokontrolle war qualitativ und quantitativ unterentwickelt.«

3. Der Aufsichtsratsvorsitzende und das weitere Führungspersonal haben die Risikokontrolle unzureichend behandelt. Der frühere Aufsichtsratsvorsitzende Peiner (CDU) hat bereits eingeräumt, dass er aufgrund seiner Erfahrung hätte erkennen können, dass das Kreditersatzgeschäft für die Landesbank zu groß gewesen ist. Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank will daher die Arbeit amtierender und früherer Vorstände überprüfen lassen. Die Anwaltssozietät Freshfields Bruckhaus Deringer soll feststellen, ob die Bankvorstände ihren unternehmerischen Pflichten nachgekommen sind. Selbstverständlich gilt es, diese Ergebnisse im parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzubeziehen.

Elbphilharmonie: unvollständige Akteneinsicht



»Die Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie«, heißt es in der Hamburgischen Landesverfassung (Artikel 24,1). Und weiter: »Sie hat die ständige Aufgabe, die Kritik am Regierungsprogramm im Grundsatz und im Einzelfall öffentlich zu vertreten.« (Artikel 24,2). Wie schwierig diese ehrenwerten Grundsätze im parlamentarischen Alltag allerdings umzusetzen sind, zeigt einmal mehr der »Einblick in die Akten der Elbphilharmonie«. Dieser wurde aus Sicht der SPD und der LINKEN notwendig, weil sich die vorgesehenen Baukosten für das vermeintliche Vorzeigeprojekt vom ursprünglichen »Festpreis« (114,3 Mio. Euro) bis zur Senatsmitteilung vom 26.11.2008 (323,3 Mio. Euro) nahezu verdreifacht hatten.

Zusammen mit der SPD haben wir das so genannte Aktenvorlageersuchen auf der Bürgerschaftssitzung am 22.1.2009 eingebracht, am 4.5. antwortete der Präsident der Bürgerschaft, Berndt Röder (CDU), dass die entsprechenden Akten vom 1.5. an für acht Wochen zur Einsichtnahme bereit lägen. Tatsächlich wurden den Abgeordneten und ihren MitarbeiterInnen lediglich 274 Aktenordner präsentiert, 42 dagegen mit dubiosen Begründungen verwehrt. Unter den letzteren befanden sich die entscheidenden Aufsichtsratsprotokolle, aus denen mit Sicherheit mehr an politischen Verantwortlichkeiten hervorgehen dürften, als in den Akten, in denen dokumentiert ist, wie viele Lampen im Konzertsaal installiert werden sollen.

Die Linksfraktion hat in den vergangenen Wochen intensiv Einblick in die zur Verfügung gestellten Ordner genommen. Was zunächst auffiel: Die enthaltenen Protokolle, Briefe,

Zeichnungen, Berechnungen etc. sind nicht durchnummeriert! Ohne Paginierung der Unterlagen aber ist natürlich nicht klar, ob wir überhaupt vollständige Akten erhalten haben. Aber vernachlässigen wir diesen Punkt einmal. Was uns auf Tausenden und Abertausenden Blättern begegnete, war ein gigantisches Projekt, die Planung und der Baufortschritt rund um einen in der Hafencity entstehenden Konzertsaal, der zu den zehn größten der Welt zählen soll. Was aber auch ins Auge fiel, waren Hinweise, die von uns auf einer Pressekonzferenz am 14.7. vorgestellt wurden. Ich zitiere die drei schwerwiegendsten Punkte auf der Basis unserer Website-Veröffentlichung (www.linksfraktion-hamburg.de):

Erstens: Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die Vorplanungen für die Elbphilharmonie vor der Ausschreibung des Projektes nicht abgeschlossen waren.

Zweitens: Es gibt ebenfalls Anhaltspunkte dafür, dass die angewachsenen und absehbar höheren Kosten aus wahlkampfaktischen Erwägungen monatelang, jedenfalls bis nach der Bürgerschaftswahl verschwiegen wurden. Der Umgang mit den Informationen führt zu dem Verdacht, dass mit Blick auf die Öffentlichkeit das überfällige Krisenmanagement zu spät einsetzte und dadurch weitere Fehlentwicklungen programmiert wurden.

Drittens: Schon zu einem frühen Zeitpunkt wurden die mangelnden Fachkompetenzen insbesondere für die Planung des »Großen Saales« fest-, aber nicht abgestellt.

Im Klartext: Um das Leuchtturmprojekt Hafencity überhaupt auf den Weg zu bringen, wurden die Planungen übers Knie gebrochen, nicht bis in die Details vorangetrieben und

wichtige Faktoren als nicht zu beziffernde »Platzhalter« verbucht. Die Folge waren Nachplanungen und immer neue Anforderungen (»Projektänderungsmeldungen«), die das Vorhaben um Dutzende Millionen teurer machten. Absehbar war dies alles schon 2007, doch da im Februar 2008 die Neuwahl der Bürgerschaft anstand, hielt man offenbar die brisanten Informationen zurück. Dass der Senat und seine »Realisierungsgesellschaft« (ReGe) unter Leitung von Staatsrat a.D. Hartmut Wegener zudem versäumt haben, auf Behördenseite frühzeitig ExpertInnen einzustellen, um den Bau insbesondere der anspruchsvollen Konzerthalle kritisch zu begleiten, ist das i-Tüpfelchen eines in jeder Hinsicht verkorksten Planungs- und Bauprozesses, den die SteuerzahlerInnen jetzt zu bezahlen haben werden.

Die aus unserer Recherche resultierenden Verdachtsmomente und Vorwürfe könnten wir durch das eine oder andere Dokument belegen, dürfen es aber nicht, da wir genötigt wurden, eine »Verschwiegenheitserklärung« zu unterzeichnen, deren Missachtung mit einer Strafordrohung verbunden ist. Insofern komme ich auf den eingangs zitierten Artikel der Landesverfassung zurück, in dem es heißt, dass die Opposition »die ständige Aufgabe«, hat, »die Kritik am Regie-

rungsprogramm im Grundsatz und im Einzelfall öffentlich zu vertreten«. Eine konkrete und detailliert begründete Kritik ist uns nach dem Studium der Akten, in denen wir Indizien für unsere Vorhaltungen gefunden zu haben glauben, untersagt. Ein absurdes Spiel, das nur noch dadurch getoppt wird, dass wir die 42 entscheidenden Aktenordner, in denen u.a. die Aufsichtsratsprotokolle enthalten sind, noch nicht einmal gesehen haben!

Der Senat täte gut daran, diese bisher gesperrten Akten zumindest dem »Ausschuss für Kultur, Kreativwirtschaft und Tourismus« zur Verfügung zu stellen, damit sich die Abgeordneten ein komplettes Bild von den Vorgängen um die Elbphilharmonie machen können. Sollte diese Einsichtnahme weiterhin verweigert werden und sollte sich aus ihnen eine Bestätigung der genannten Verdachtsmomente ergeben, sollte der Senat also wirklich so gottenschlecht geplant, kontrolliert und zudem alle wichtigen Informationen aus wahltaktischem Kalkül der Öffentlichkeit monatelang vorenthalten haben, muss einmal mehr an den zweiten Teil des Artikels 24,2 der Landesverfassung erinnert werden: Die Opposition »ist die politische Alternative zur Regierungsmehrheit«.

Elbpark Entenwerder



Binnenschiffe in Entenwerder

Der Elbpark Entenwerder ist die jüngste größere Grünanlage der Stadt. 1997 freigegeben, dient er als Naherholungsgebiet für Rothenburgsort. Leider wird dieses Angebot von der Bevölkerung bislang nicht richtig goutiert.

Je mehr sich die Hafencity Richtung Elbbrücken entwickelt, je mehr der berühmte Sprung über die Elbe Gestalt annimmt, desto interessanter wird der 19,5 Hektar große Park für wagemutige Investoren. Bei der Stadtentwicklungsbehörde soll es einen Plan geben, die Halbinsel mittels einer Fußgängerbrücke direkt mit der Hafencity zu verbinden.

Auch der Unternehmer Thomas Friese findet, der Elbpark Entenwerder ist was ganz Besonderes. Und für die CDU ist Herr Kruse für solche Visionen aufgeschlossen. Die CDU und ihr Wegbereiter für das schöpferische Unternehmertum inszenieren ein Highlight der Mittelstandspolitik: »Durch die Erschließung des Elbbrückenentrums – wodurch enormes Potenzial für einen hochwertigen Dienstleistungsstandort sowie für einen dichten, zum Teil mit Wohnen durchmischten Zentrumsbereich in der östlichen HafenCity geboten wird – wird bewusst, wie wenig dieser Park bisher genutzt wurde.

Mit dem von dem Hamburger Unternehmer Thomas Friese seit 2007 erarbeiteten Entwicklungskonzept besteht nun die Chance, diese Fläche für die Menschen im Stadtteil und darüber hinaus zu einem attraktiven Freizeit- und Erholungsflächenpark zu gestalten.« Eine Kosten-Nutzenanalyse liegt so wenig vor wie eine Wirtschaftlichkeitsprüfung. Die Landeshaushaltsordnung bleibt also mal wieder außen vor.

Aber dem grünen Fraktionsvorsitzenden Jens Kerstan sei Dank: Mit solch bürokratischem Kleinkram und den mahenden Geboten des Landesrechnungshofs halten wir den Durchbruch in das Zeitalter der Kreativwirtschaft nicht auf.

Unternehmer Friese hat überlegt, was sich alles aus dem abseits gelegenen Park auf der Halbinsel machen ließe. Heute gehen hier wenige Leute spazieren, joggen, sonnen sich und führen ihre Hunde aus. Unternehmer Friese denkt, da könnte weitaus mehr sein. Seine Ideen reichen von einem schwimmenden Freibad über begehbare Kunstwerke bis zu einem Elbtreppe-Cafe. Für sein geistiges Auge bietet die Wiese Platz für einen Skating-Park, der nach US-Vorbild einem echten Stadtplatz nachempfunden wäre, für einen Golf-Übungsplatz und skulpturale Pavillons. Mit Skating-Anlagen hat Friese Erfahrung: Er betreibt das i.skateland in der Spaldingstraße.

Die Ponton-Anlage vor der Halbinsel soll durch eine denkmalgeschützte Wassertreppe, die wegen Protesten aus dem Stadtteil in der Billwerder Bucht abgebaut wurde, sicher mit dem Land verbunden werden. Die Pontons will Friese mit einem Goldenen Pavillon aus Lochblech bereichern, den er von einer Ausstellung in Münster akquiriert hat. Er soll als Stützpunkt für die Segelkurse dienen, die Friese benachteilig-

ten jungen Leuten anbieten will, und als Kunstwerk besichtigt werden können. Das sei ein Objekt, »wo man reingeht und gläubig wieder rauskommt«, sagt Friese voller Begeisterung.

In das Ufergebüsch will der Unternehmer Schneisen schlagen lassen, so dass die Leute vom Park auf die Elbe schauen können. »Es geht um die Öffnung der Elbe. Das ist wie die Inszenierung eines Theaterstücks.«

Aber wie finanzieren? Ja, wenn das unternehmerische Risiko nicht wäre, vor allem in Zeiten der Wirtschaftskrise. Aber – wie Hölderlin schon wusste – in der größten Not ist das Rettende nah. Der flinke CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Kruse aus dem Försterhaus ist von den Ideen so begeistert, dass er mit seiner Partei eine Million Euro aus dem Sonderinvestitionsprogramm 2010 beantragt, um Hamburgs Wohl und die Kreativwirtschaft nach vorne zu bringen. Ohne nähere Begründung soll der Unternehmer eine Million Euro für die Verwirklichung seiner Ideen erhalten. Darin enthalten sind Planungskosten, aber auch Geld für die Infrastruktur.

Die Bürgerschaft hat beschlossen: »Der Senat wird ersucht, aus dem Volumen des Investitionsfonds Hamburg 2010 (SIP-Fonds) für das Jahr 2009 einen Zuschuss von 1 Million Euro an die E.P.E. Elbe Ponton Entwicklung GmbH und Co. KG als Investitionszulage und Finanzierung für die Flächenneuerichtung des Entenwerder Parks bereitzustellen.«

So lieben wir die soziale Marktwirtschaft und das schöpferische Unternehmertum. »Wir haben hier ein Team, das bereits in der Vergangenheit bewiesen hat, dass es etwas umsetzen kann.« Was scheren uns Landeshaushaltsordnung und Anforderungen für Mittelabforderungen aus dem SIP-Fonds.

Zur Situation im hamburgischen Sport



Fußball-Vizemeister 2007: Mädchen der Grundschule Ochsenwerder

Die führende Rolle im Breitensport hat Hamburg teilweise an andere Städte abgeben müssen.

■ Der Zustand der Sportplätze, Turnhallen und Schwimmbäder ist zum Teil miserabel.

■ Der seit einigen Jahren anhaltende Abbau der öffentlichen Mittel und eine mangelhafte Verwaltung haben zu einem erheblichen Sanierungsstau geführt. Immer deutlicher wird eine Verlagerung von Mitteln aus dem Freizeit-, Brei-



Breitensport und Spitzensport: Party am Millerntor

ten- und Unterrichtssport zugunsten von tourismusverbundenen, mediengerechten Spitzensport-, Groß- und -Eventveranstaltungen.

Im Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der GAL finden sich 16 Zeilen für den Sport. Festgeschrieben wurde, einen Sportentwicklungsplan zu erstellen, die Sportstätten insbesondere hinsichtlich der »Ressourceneffizienz« und des Klimaschutzes instand zu setzen, über die Schaffung der kombinierten Trab- und Galopprennbahn in Horn zügig zu entscheiden, die Vereinbarkeit von Leistungssport und Tätigkeit im Öffentlichen Dienst zu verbessern, am Sportfördervertrag »im Grundsatz« festzuhalten und im Jahre 2008 eine Software zur Nutzung von Sportstätten einzuführen.

Der Hamburger Sportbund (HSB) ist bis heute der Meinung, dass dies einer Sportstadt nicht würdig ist. Glücklicherweise hätten sich diese Befürchtungen nur zum Teil bestätigt:

- das Ergebnis der Verhandlungen zum neuen Sportfördervertrag ist positiv;
- allerdings ist der Sport in Hamburg nach wie vor unterfinanziert;
- das Leitprojekt für den Hamburger Sport - Universiade 2015 - wurde aufgegeben;
- Kooperation beim Sportentwicklungsplan (SEP) ist vereinbart. Mit dem SEP wird eine Planungsgrundlage und konkrete Agenda für den Sport vorliegen. Entscheidungen werden auf eine nachvollziehbare Grundlage gestellt.

Diese verhaltene Kritik an der Sportpolitik des schwarz-grünen Senats ist nachvollziehbar. Die Fraktion DIE.LINKE sieht die Entwicklungstendenzen kritischer:

- Die Ausrichtung auf Public-Private-Partnership-Projekte und die Privatisierung öffentlicher Flächen und Belange macht auch vor dem Sport nicht halt.
- Der langjährige Sanierungsstau bei öffentlichen Turnhallen und Sportplätzen soll die Übergabe an (angeblich besser wirtschaftende) private oder privatwirtschaftlich agierende Träger begründen.

Deutlich werden die Mängel an folgenden exemplarischen Punkten:

- Bereits seit 2006 ist der Senat bemüht darum, eine zentrale Datenerfassung und -verwaltung hinsichtlich der Hamburger Sportstätten auf den Weg zu bringen. Die entsprechende Software ist bis Ende des II. Quartals 2009 noch immer nicht installiert worden.
- Seit dem 23. Juni 2009 werden 31 Millionen Euro für die Schaffung einer Doppelrennbahn in Horn eingesetzt. Dieser Betrag deckt in etwa die Hälfte der Gesamtkosten ab, die andere Hälfte ist von einem Privaten Investor aufzubringen. Der Privatinvestor wird vermutlich den Zugang zu dem parkähnlichen Gelände anders handhaben als bisher. Anfang Juni wurde außerdem für die Erweiterung des Parkplatzes in Kleinflottbek 250.000 Euro bewilligt.

Statt die zunehmend maroden Sportanlagen beschleunigt zu sanieren und damit wieder ohne Einschränkungen zugänglich zu machen, wird zwar wieder investiert, aber zugleich daran gearbeitet, diese Anlagen dann Vereinen oder anderen Trägern zu überlassen. Mit dieser Entwicklung zieht sich der Senat nach und nach aus der Verantwortung und Sorge um Bewegung und Sport der Hamburger Bürger und Bürgerinnen heraus.

Bereits im September 2008 hatte der Senat eine Expertise in Auftrag gegeben, in der es um Empfehlungen zum weiteren Umgang mit den 151 städtischen Sportplätzen gehen soll. Favorisiert wird von diesem privatwirtschaftlichen Beratungsunternehmen ein Modell, nach dem die öffentlichen Sportanlagen in eine eigenständige städtische oder private Gesellschaft übergehen sollen.

Damit wären die Plätze nicht nur aus der unmittelbaren behördlichen Verantwortung entlassen, damit stände für die Vereine sicher auch an, für die Nutzung von Platzzeiten zukünftig eine Miete zu entrichten.

DIE LINKE verfolgt mit Blick auf den Sport in Hamburg folgende Ziele:

- Ein Sportförderungsgesetz sollte allen BürgerInnen jeden Alters die Möglichkeit eröffnen, sich unabhängig von sozialer Herkunft, Nationalität, Weltanschauung und Geschlecht sowie ungeachtet organisatorischer Bindungen und unterschiedlicher Einkommensverhältnisse nach den eigenen Interessen, Bedürfnissen und Fähigkeiten angemessen sportlich betätigen zu können.
- Die öffentlichen Institutionen haben auf eine ausgewogene Förderung des Freizeit-, Breiten-, Behinderten- und Gesundheitssports sowie des Nachwuchsleistungssports hinzuwirken.
- Vor allem unter dem Gesichtspunkt der sozialen Spaltung ist dafür zu sorgen, dass sich die Benachteiligung nicht auch noch in den Bereich der sportlichen Betätigung fortsetzt.
- Den Belangen des Natur- und Umweltschutzes ist beim Sport Rechnung zu tragen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der gemeinnützige Sport in allen Bereichen vorrangig vor privatkapitalistischen Veranstaltern unterstützt wird. DIE LINKE setzt sich daher auch für eine stärkere Förderung des Ehrenamtes sowie ein vereinfachtes Vereinsrecht ein. Dabei ist das Steuerrecht so zu ändern, dass es die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen zur direkten Unterstützung gemeinnütziger Sportvereine und des Sports aller Altersgruppen motiviert. Zugleich setzt sich DIE LINKE für Reformen im Vereinssport ein.

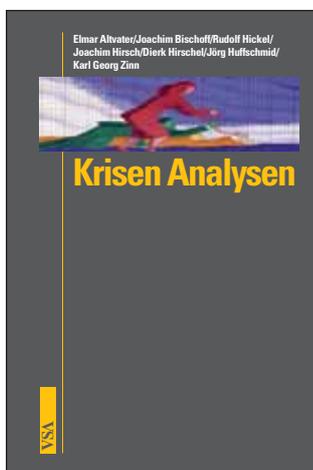
Die sportpolitischen Forderungen der LINKEN für Hamburg lauten:

- Abschaffung des Konsolidierungsbeitrages!
- Aussetzen sämtlicher Sparauflagen für den hamburgischen Sport!
- Erhöhung der Pauschalförderung für den HSB, die Verbände und Vereine von 6,5 auf 10 Mio. Euro pro Jahr!
- Entgeltfreie Nutzung der Schulturnhallen und -plätze durch die gemeinnützigen Vereine und den organisatorisch ungebundenen Freizeitsport!
- Vorrangige Sanierung der staatlichen und vereinseigenen Sportstätten in den benachteiligten Vierteln!

- Gezielte Sportförderprogramme für Kinder und Jugendliche vor allem in den benachteiligten Stadtteilen!
- Verstärkte Realisierung und Evaluierung von innovativen Konzepten zur sportlichen Mobilisierung vor allem von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Quartieren!
- Übernahme der Vereinsbeiträge für alle Sport treibenden Erwerbslosen, Hartz-IV-EmpfängerInnen und sonstigen Einkommensarmen durch öffentliche Träger der Arbeits- und Sozialverwaltung!
- Erhöhung der Investitionssumme für die Sanierung und den Neubau von öffentlichen Sportstätten von 16 auf 50 Mio. Euro in den kommenden vier Jahren! Nachhaltiger Ausbau der Finanzmittel für die Sanierung von vereinseigenen Sportstätten!
- Berücksichtigung der Erfahrungen mit energiesparender und wärmedämmender Bauweise im Sportstättenbereich!
- Verzicht auf die Bewerbung um die Austragung der Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 und weitere, rein spitzensportlich orientierte Großevents.

Die Erarbeitung eines integrierten Sportentwicklungskonzepts ist überfällig. Ausgehend von einer umfassenden Ist-Analyse müssen die konkreten Bedarfe in den Stadtteilen und mit Blick auf bestimmte Personengruppen (wie vor allem Kinder und Jugendliche, MigrantInnen, Erwerbslose, Behinderte und SeniorInnen) ermittelt und in angemessener Form umgesetzt werden. Bei der Erarbeitung des Sportentwicklungsplanes sind weitgehend partizipative Methoden und Ziele anzustreben. Unerlässlich ist die Einbeziehung der Sportverbände und vor allem der Vereine zur Erarbeitung konkreter, stadtteil- und personengruppenorientierter Sportangebote vor Ort! Und wir erwarten die Vorlage eines Zwischenberichts bis Ende 2009 und des Endberichts bis 2010!

DIE LINKE spricht sich für die Sicherung der bestehenden Einrichtungen des Leistungssports aus, befürwortet aber auch eine Konzentration. Für die Unterstützung bei der Talentsuche, dem Training und der Delegation von Hamburger Leistungs- und SpitzensportlerInnen zu Wettkämpfen sind ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen!



Bausteine zur theoretischen Einordnung

Elmar Altwater/Joachim Bischoff/Rudolf Hickel/Joachim Hirsch/Dierk Hirschel/Jörg Huffschild/Karl Georg Zinn

Krisen Analysen

148 Seiten; EUR 14.80; VSA: Verlag Hamburg

ISBN 978-3-89965-343-4 (im lokalen Buchhandel oder bei VSA: St. Georgs Kirchhof 6)

Die tiefste Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus und die Jahrhundertkrise der Globalökonomie verlangen nach angemessener empirischer Analyse und theoretischer Einordnung. Die hier vorgelegten Beiträge – unter anderem der Text von Joachim Bischoff unter dem Titel »Globale Wirtschaftskrise. Deutungsansätze und Bausteine zur theoretischen Einordnung« – liefern keine »linke« Einheitsmeinung – sie zeigen, dass die alternative politische Ökonomie über ein reichhaltiges Instrumentarium zur monetären und gesamtwirtschaftlichen Steuerung verfügt.

Freihafen besuchen, solange es ihn noch gibt!



Kai und Kräne beim Hafenumuseum Hamburg, 50er Strecke (Foto: Hafenumuseum)

Die sommerliche Chance auf besseres Wetter lädt dazu ein, einmal mehr die Stadt unter freiem Himmel zu entdecken. Meine Empfehlung dieses Mal besteht darin, dem Hafen seine Referenz zu erweisen. Er lädt dazu ein, sich zum Beispiel mit dem Fahrrad in den mehr als ein Jahrhundert alten Freihafen zu begeben, den der Senat lieber heute als morgen abschaffen möchte, um neue Privilegien und freie Fahrt für die Großunternehmen im Hafen zu verankern.

Es gibt weitere Möglichkeiten, sich auf Spurensuche im Hafen zu begeben: So lädt zum Beispiel das Hafenumuseum am Sonntag, dem 19.7., zu einer Barkassenfahrt ein, um die »Binnenschiffahrt im Hamburger Hafen« zu erkunden. Dabei gilt es, die eher unbekannteren rückwärtigen Bereiche des riesigen Hafens zu erkunden.

Und nicht zuletzt wird bei der zweieinhalbstündigen Tour auch Halt gemacht an einigen Liegeplätzen, um u.a. die Lebenswelt der Binnenschiffer und der »Oberländer« Schifferfamilien in Erinnerung zu rufen. Treffpunkt ist um 14 Uhr das Hafenumuseum (Schuppen 50A, Australiastraße), eine Voranmeldung unter Tel. 730 911 84 ist vonnöten. Der Fahrpreis beträgt 20 Euro, darin ist der Eintritt für das Hafenumuseum enthalten, das dienstags bis sonntags

von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet ist (www.hafenumuseum-hamburg.de).

Wer eine Hafenrundfahrt unter den Aspekten Kolonialismus, Imperialismus und Globalisierung mitmachen möchte, dem- und derjenigen sei die Veranstaltungsreihe »hamburg postkolonial 2009« nahegelegt, die vom »Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.«, dem »St. Pauli Archiv e.V.«, der »Hafengruppe Hamburg« sowie der »Werkstatt 3 e.V.« durchgeführt wird. Es geht bei den verschiedenen Hafenrundfahrten um den Kolonialismus (am 22.8.), um Postkoloniales (am 6.9.), um China (am 19.9.), aber auch das »Wasser« an und für sich (am 7.10.). Regelmäßig alle zwei Wochen freitags um 17 Uhr (das nächste Mal am 31.7) lautet das Thema »Von Schatzkisten und Pfeffersäcken - Hamburgs Handel mit der Dritten Welt«. Bei diesem anderthalbstündigen Klassiker erfährt Mensch allerlei z.B. darüber, wo sich das weltgrößte Lager für Orientteppiche verbirgt und warum das bitterarme Liberia eine der größten Handelsflotten unterhält. Treffpunkt: Anleger Vorsetzen/City Sport-Hafen nahe der U3-Haltestelle Baumwall. Der Teilnahmepreis beläuft sich auf 9 Euro (ermäßigt 8 Euro), eine Anmeldung ist nicht nötig. Näheres zum Gesamtangebot unter www.hafengruppe-hamburg.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**